

## Reutte

### Agrarstreit: Berwang soll kein Einzelfall sein

Berwang – Die Entscheidung des Landesagrarsenats im Fall der Gemeinde Berwang hat gestern die Wogen hochgehen lassen. Wie berichtet, wurde der Agrargemeinschaft Brand 1985 noch Gemeindegut zugesprochen, obwohl der Verfassungsgerichtshof eine Übertragung drei Jahre zuvor als verfassungswidrig bezeichnet hatte. Der Landesagrarsenat hat deshalb jetzt, 27 Jahre später, die damals zuständige Agrarbehörde gerügt. Der Klubobmann der SPÖ, Hans-Peter Bock, meint dazu: „Solche Vorgänge werden landläufig Diebstahl genannt“, verwies er auf die „jahrzehntelange Praxis der Agrarbehörde“.

Darüber hinaus ist Berwang für Bock kein Einzelfall. Er führt das Beispiel der Gemeinde Münster an, die durch eine Regulierung im Jahr 1965 rund 900 Hektar Gemeindegut verloren habe. „Drei Wochen nach der Erkenntnis vom Verfassungsgerichtshof im Jahr 1982 hat die Agrarbehörde begonnen, ehemalige Gemeindegutsgrundstücke ins Eigentum der Nutzungsberechtigten zu übertragen.“ Auf diese Weise sollen insgesamt mehr als 100 Hektar Bauland mit erheblichen Wertsteigerungen entstanden sein, „ohne dass die Gemeinde auch nur einen Cent gesehen hätte“, kritisiert Bock. Das seien offenkundig widerrechtliche Handlungen und behördliche Willkür. Deshalb hält er Amtshaftungsansprüche von den betroffenen Gemeinden gegen das Land Tirol für nicht ausgeschlossen, wenn die Aufarbeitung nicht rasch durchgezogen werde.

Ebenfalls eine konsequente Aufarbeitung fordert der Landesparteiobmann der FPÖ Gerald Hauser: „Recht muss Recht bleiben, Gemeindebesitz wieder Gemeindebesitz werden.“ Worte, die Dietmar Berktold gerne hört. Viel anzufangen weiß der Bürgermeister von Berwang mit dem Recht, das seiner Gemeinde jetzt zugesprochen wurde, allerdings nicht: „Die Agrarier werden das weiter bekämpfen. Das ist eine einzige Geldvernichtungsaktion, die von Gerichtshof zu Gerichtshof immer teurer wird.“ Da der Agrarsenat so mit Arbeit zugedeckt sei, werde eine Überweisung noch etwas dauern, ist sich Berktold sicher. „Es braucht ein Machtwort der Politiker.“ (chris)